

Halle, 16.09.2019

Bleiben oder Gehen? -

Wir sind in tiefster Sorge um den Frieden und den Zusammenhalt der Gesellschaft in Ostdeutschland

Deutschland ist ein Einwanderungsland und ein Land der Vielfalt. Aktuell weist jede*r fünfter Einwohner*in Deutschlands einen Migrationshintergrund auf, auch im Osten nimmt die Zahl der Migrant*innen zu. Aus diesem Grund brauchen wir eine Politik, die die vielfältige Gesellschaft anerkennt und gestaltet. Wir brauchen keine Politik, die die Gesellschaft spaltet. In der deutschen Demokratie herrschen Freiheit und Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Allen voran gehört dazu die Würde des einzelnen Menschen.

Es ist eine Realität geworden, dass es in Ostdeutschland eine Verschiebung der politischen Machtverhältnisse gibt. Die rechtsgerichteten Parteien haben massiv an Stimmen gewonnen, dies wurde in den letzten Wahlen in den neuen Bundesländern bestätigt. Wir sind in tiefster Sorge über die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg. Dort hat die AfD mit 27,5 bzw. 23,5 Prozent historische Zweitstimmenergebnisse erzielt. Wir erinnern an dieser Stelle an die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 2016, in denen die AfD mit 24,3 % der Stimmen in den Landtag einzog und in Mecklenburg Vorpommern, wo sie 2016 ebenfalls 20,8 % der Stimmen erhielt. Im Oktober folgen die Wahlen in Thüringen, wo ein ähnliches Ergebnis ansteht.

Wir befürchten eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen von Menschen mit internationaler Biographie in den neuen Bundesländern. Die Wahlergebnisse zeigen, dass sich die gesellschaftliche Spaltung in Deutschland verstärkt hat.

Dass in den neuen Bundesländern zum Teil über ein Viertel der Wähler*innen bei der AfD mit ihrer antipluralistischen und menschenfeindlichen Rhetorik ihr Kreuz machen, ist nicht mit „Protest gegen etablierte Parteien“ zu erklären. Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und die Ablehnung zentraler demokratischer Grundwerte sind in einigen Regionen fest etabliert.

Wir appellieren an die über 70 Prozent der Menschen, die ihr Kreuz nicht bei der AfD gemacht haben: Lasst uns weiterhin lautstark und sichtbar für eine starke, bunte und demokratische Gesellschaft eintreten. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass sich alle Menschen in allen Regionen Deutschlands sicher und wohl fühlen. 70 Prozent ist eine große Mehrheit der (Ost)Deutschen, die für zentrale demokratische Grundwerte einsteht. Auch die Politiker*innen müssen klar und deutlich Stellung gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und

jede Form von Menschenfeindlichkeit beziehen und dies muss sich in ihrer Politik niederschlagen.

Wir wünschen uns jetzt, dass die Politiker*innen die Teilhabe von Menschen mit internationaler Biographie an der Gestaltung der Gesellschaft fördern und stärken. Diversität ist eine Stärke und sollte gefördert werden. Es ist ein gutes Zeichen für die Demokratie, wenn alle Menschen, die in der Bundesrepublik leben, abgesehen von dem Aufenthaltsstatus, an Wahlen teilnehmen können.

Die Bundespolitik muss endlich die besonderen Verhältnisse in den neuen Bundesländern anerkennen und gezielt darauf reagieren. Es reicht nicht, kurz vor Wahlen in die ländlichen Räume -Brandenburgs oder Sachsens- zu schauen.

Wir wünschen uns auch, dass die Medien, die Diskussion über die Wahlen auch mit den Menschen mit internationaler Biografie in Ostdeutschland führen.

Wir wünschen uns weiter hin einen konkreten Aktionsplan für die Bekämpfung von jeglicher Art von Rassismus, Diskriminierung und die Ablehnung zentraler demokratischer Grundwerte in der Bundesrepublik Deutschland. Die Politiker*innen müssen erkennen, dass die unabhängigen Beratungsstellen für Opfer von rassistischer Diskriminierung sehr notwendig sind. Diese Stellen sind so wichtig, und sie müssen mit Fachleuten besetzt werden, die rechtlichen Rat und psychologische Unterstützung geben können, wie die Betroffene gegen Täter vorgehen können.

Die Landtagswahlen in Thüringen (27.10.2019) stehen vor der Tür, daher möchten wir alle Wahlberechtigte mit und ohne Migrationshintergrund dazu aufrufen, zur Wahl zu gehen und ein Zeichen für Demokratie, Menschenrechte und für eine offene und solidarische gleichberechtigte Gesellschaft zu setzen. Unser Appell an alle Wahlberechtigten, ihre Stimme ausschließlich Parteien zu geben, die sich gegen Rassismus, Hass, Diskriminierung und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit stellen. Erteilen Sie den rassistischen und nationalistischen Parteien eine Absage. Heben Sie Ihre Stimme gegen die Spaltung der Gesellschaft und „Für ein offenes Land mit freien Menschen“. Wir müssen uns deutlich für ein demokratisches und solidarisches Miteinander positionieren. Wahlen sind die wichtigste Form politischer Beteiligung aller Menschen in der Demokratie. Ohne Wahlen ist Demokratie nicht denkbar.

Mit freundlichen Grüßen

Ayman Qasarwa
Geschäftsführer
Wilhelm-Külz-Str. 22
06108 Halle (Saale)
0345 – 47008721

info@damost.de
www.damost.de